

DKP enthüllt Skandal:

den 14. 5. 1983

Atomkraftwerk geplant

Ruhrkohle und RWE haben bereits Auftrag erteilt - Öffentlichkeit hintergangen - Arbeitsplätze in Gefahr

Vor der Presse enthüllte DKP-Ratsherr Franz Meichsner gestern einen unerhörten Skandal: Die „Arbeitsgemeinschaft Hochtemperaturreaktor Bottrop“, ein Zusammenschluß von Ruhrkohle, RWE und anderen Konzernen, hat an die Firma Brown, Boveri & Cie und Hochtemperaturreaktorbau GmbH den Auftrag erteilt, eine Voruntersuchung für ein 500-Megawatt-Atomkraftwerk mit Hochtemperaturreaktor durchzuführen. Das Atomkraftwerk soll Prozeßwärme für die Kohleveredelung erzeugen. Angesichts der geplanten Erweiterung der Kohle-Öl-Anlage in der Welheimer Mark zu einer Referenzanlage, spricht vieles dafür, daß als Standort für das Atomkraftwerk die Welheimer Mark in Betracht gezogen wird.

Franz Meichsner erklärte, die DKP sei empört darüber, daß die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von den Konzernen über ihre Vorhaben informiert wird - nicht aber die Bottroper Öffentlichkeit und die demokratischen Organe der Stadt.

Nach den der DKP zugänglichen Quellen ergibt sich: Der Auftrag an die Firma BBC und die Hochtemperaturreaktorbau GmbH soll bis zum 31. Oktober 1984 abgewickelt werden. Die Untersuchung soll 3 Mio. DM kosten. Ziel ist die Erarbeitung von Unterlagen für einen an die Voruntersuchung anschließenden Entwicklungs- und Bauauftrag und die Erstellung der erforderlichen Unterlagen für eine atomrechtliche Genehmigung.

Die DKP erhebt den Vorwurf:

Die Ruhrkohle und das RWE setzen sich mit diesem Auftrag über die Lebensinteressen der Bürger im Ruhrgebiet hinweg. Der Hochtemperaturreaktor ist technisch nicht ausgereift. Bisher wird an einem Prototyp in Hamm-Uentrop noch gebaut. Die DKP sieht in den Plänen, den nicht ausgereiften Hochtemperaturreaktor in einem dichtbesiedelten Gebiet zu bauen, eine zusätzliche Gefährdung.

Die DKP erhebt den Vorwurf:

Die beteiligten Konzerne wollen unter Ausschluß der Öffentlichkeit Fakten schaffen. Es liegen zahlreiche Indizien dafür vor, daß die Ruhrkohle AG die

Erweiterung der Kohleöl-Pilotanlage zu einer Großanlage nur in Koppelung mit einem Atomkraftwerk zur Erzeugung von Prozeßwärme plant. Damit wurde die Öffentlichkeit über die wahren Absichten bei der Kohleverflüssigung getäuscht.

Die DKP erhebt den Vorwurf:

Die Ruhrkohle AG, das RWE und die anderen beteiligten Konzerne beabsichtigen die Vernichtung tausender Arbeitsplätze im Bergbau. Nicht nur ein Atomkraftwerk mitten im Ruhrgebiet, daß Wärme für die Kohleveredelung und Strom erzeugen soll, sondern auch ein Einsatz von Importkohle bei der Kohleveredelung (zahlreiche Quellen belegen diese Absicht), werden die Absatzmöglichkeiten für die Steinkohle aus dem Ruhrgebiet weiter verringern und damit Arbeitsplätze im Bergbau gefährden.

Die Kohleöl-Pilotanlage in der
Welheimer Mark in Bottrop



Die Eigentümer der Pilotanlage

RAG

RUHRKOHLE AG

Rellinghauser Straße 1, 4300 Essen 1
Telefon (0201) 177-1, Telex 857 651 rag d



VEBA OEL AG

Pawikerstraße 30, 4660 Gelsenkirchen-Schol
Telefon (0209) 366-1, Telex 824 881 voe d

Die Beweise

1. Beweis: Der Wirtschaftsdienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichte am 2. Mai 1983 einen Bericht über den Auftrag für Atomkraftwerk. Auftraggeber ist die „Arbeitsgemeinschaft Hochtemperaturreaktor Bottrop“. Die Arbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluß dieser Konzerne: Ruhrkohle AG, RWE, VEW, Ruhrgas, HEW und NWK.

2. Beweis: Der Minister für Wirtschaft der SPD-Regierung in NRW erklärte in seinem Energiebericht 1982: Die Anwendungsgebiete für den Hochtemperaturreaktor sind die Stromerzeugung und ... Hochtemperaturwärme zu liefern, die auch für die Veredelung von Kohle eingesetzt werden kann.“ (S. 126) Weiter: „Es wird damit gerechnet, daß 1985 mit den Arbeiten zum Genehmigungsverfahren für die erste Prototypanlage Neukleare Prozeßwärme von der Größe 500 MW begonnen werden kann mit einem möglichen Baubeginn im Jahre 1988.“ (S. 319)

3. Beweis: In einem Aufsatz für die Zeitung „Glückauf“ schrieb der Chef der Kohleöl-Pilotanlage Specks: Bei der

Kohleveredelung wird die Kohle nicht nur als Rohstoff eingesetzt, sondern teilweise auch zur Erzeugung der notwendigen Prozeßenergie. Diese kann statt aus Kohle auch aus Kernreaktoren geliefert werden.“ (Nr. 11 a, 1981, S. 9)

4. Beweis: Der CDU-Landtagsabgeordnete Linssen, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, erklärte am 24. 6. 1982 im Landtag: Das „derzeit realistische Kohlehydrierungs-Anschlußvorhaben“ sei „die Anlage in Bottrop zu erweitern“.

5. Beweis: Der Partner der Ruhrkohle in der Bottroper Pilotanlage ist die VEBA. Die VEBA sprach sich in einer Untersuchung für den Bundesforschungsminister im Dezember 1981 für den Einsatz von Importkohle bei der Kohleverflüssigung aus: „Die Hydrierung deutscher Steinkohle ist nicht wettbewerbsfähig und dürfte es wahrscheinlich auch nicht werden.“ (S. 5) Die VEBA ist mit 27 Prozent der größte Aktionär der Ruhrkohle AG, der VEBA-Topmanager Bennigsen-Foeder wird im Sommer stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Ruhrkohle!

Forderungen der DKP:

- Die Arbeitsplätze müssen gesichert werden. deswegen: Stopp für den Bau von Atomkraftwerken; stattdessen Bau von Steinkohlekraftwerken mit wirksamer Umweltschutztechnik und Ausbau der Fernwärmeversorgung in der Bundesrepublik.
- Der Auftrag für die Voruntersuchung über ein 500-Megawatt-Kraftwerk mit Hochtemperaturreaktor ist zurückzuziehen.
- Die Ruhrkohle AG, das RWE und die anderen Konzerne müssen alle Unterlagen in dieser Angelegenheit an die Öffentlichkeit bringen.
- Der Rat der Stadt Bottrop muß erklären, daß die Stadt Bottrop sich mit aller Kraft gegen ein Atomkraftwerk für die Kohleerflüssigung wehrt.
- Die Regierung von NRW und die Bundesregierung sind aufgefordert, zu erklären, daß sie ein Atomkraftwerk im Ruhrgebiet nicht genehmigen werden.
- Die Ruhrkohle und die Energiekonzerne müssen verstaatlicht und demokratischer Kontrolle unterstellt werden. Damit kann eine Energiepolitik im Interesse der Bevölkerung und der Sicherung der Arbeitsplätze gewährleistet werden.



Wieder werden Kohlehalden aufgeschüttet. Deswegen fordert die DKP: Kein Ausbau der Kernenergie sondern Bau von umweltfreundlichen Steinkohlekraftwerken und Ausbau der Fernwärme.

Verantw.: S. Rutz, Gladbecker Str. 83, Bottrop / Druck: Eigendruck